

Wolfgang Böttsch, Ex-Postminister, beklagt, dass die privaten Postanbieter, die ihr Geschäft „ausschließlich auf Lohn- und Sozialdumping aufbauen“ im Widerspruch zum Postgesetz stehen.

Das ficht den Arbeitgeberverband „Neue Brief- und Zustelldienste“ aber nicht an. Nach der Tarifeinigung zum Mindestlohn wird sofort wieder das Gespenst des Arbeitsplatzverlustes an die Wand gemalt.

Wer A sagt...

Nun ist eine eindeutige Positionierung der Politik nötig: Wettbewerb ja, aber zu fairen Bedingungen für die Beschäftigten.

In seiner ersten Regierungserklärung betonte Ministerpräsident Beckstein, dass die Einkommen auseinander driften und die Armut zugenommen habe. Richtig erkannt. Aber was folgt für die Politik der Staatsregierung daraus?

Wer als bayerischer Ministerpräsident Verarmungstendenzen feststellt und sich um die Einkommen sorgt, muss sich bundespolitisch deutlich einmischen. Denn die Entscheidungen in Berlin führen genau zu den Prozessen, die Beckstein in Bayern bedauert. Ein klares Wort zu Mindestlöhnen durch den Bayerischen Ministerpräsidenten ist nötig.

Postdienstleistungen: Dumpingwettbewerb

Ab 01. Januar 2008 tritt die Liberalisierung des Briefmarktes in Kraft. Der Wettbewerb, den die Privatisierungsfans erwarten, findet statt über Qualität der Dienstleistungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen statt.

1998 wurde mit dem Postgesetz die Öffnung des Postmarktes eingeläutet. Heute mahnt der damalige Postminister Böttsch (CSU) an, dass in diesem Gesetz soziale Dimension verankert worden seien und dagegen niemand verstoßen dürfe. „Eine Entwicklung in Richtung Scheinselbständigkeit, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung und Sozialdumping sollte dadurch vermieden werden“, so Böttsch im April dieses Jahres. Die neuen privaten Postanbieter schert das aber nicht.

Realität: McJobs

Die Konkurrenten der Post versuchen alles, im deutschen Briefmarkt, der ein Volumen von rund 10 Milliarden Euro hat, Fuß zu fassen. Vorrangige Strategie ist dabei, die dort Beschäftigten auszubeuten.

Vor kurzem berichtet ein Zusteller der privaten PIN Group AG, er verdiene bei einer 70 Stunden Woche 3,40 Euro in der Stunde. Weihnachts- und Urlaubsgeld gibt es dort nicht. Zudem sind die Jobs in den wenigstens Fällen Vollzeitarbeitsplätze.

Fast zwei Drittel der Arbeitsplätze bei den privaten Postkonkurrenten sind Minijobs, befristete Arbeitsverträge sind weit verbreitet. Die private Konkurrenz zur Post erwirtschaftet ihre Gewinne auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Gesellschaft. „Da geringfügig entlohnte und prekäre Beschäftigung zur Existenzsicherung regelmäßig nicht ausreicht, haben diese Arbeitnehmer häufig Anspruch auf Arbeitslosengeld II und Zuschüsse zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Damit unterstützt die Versicherungsgemeinschaft gezwungenermaßen das Lohndumping der Post-Konkurrenten“,

kritisiert der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichtes Prof. Thomas Dietrich.

Vorteile für Verbraucher?

Die Liberalisierungsfans wollen alles dem Markt und dessen Spielregeln unterordnen. Um dies auch in der Bevölkerung durchzusetzen, haben die konservativen Politiker nun den Verbraucher entdeckt. Der soll von der Liberalisierung der Post und der Konkurrenz der Privaten profitieren. Bei Verbraucher denkt vermutlich jeder zunächst an seine Situation zuhause. Was zunächst plausibel und verführerisch klingen mag, ist eine schlichte Nebelkerze.

Die Deutsche Post beförderte im Jahr 2006 20,887 Milliarden Briefe. Nur 16 % davon war Post von Privatpersonen, 84 % aller Postsendungen sind Geschäftspost. Damit sind eindeutig die Gewinner von günstigeren Preisen identifiziert: Die Privatisierung der Post, wie sie jetzt läuft, ist ein Kostenentlastungsprogramm für die Wirtschaft.

Wie „stichhaltig“ das Verbraucher-Argument wirklich ist, sieht man auch daran, dass ein privater Haushalt im Durchschnitt 4,44 Euro pro Monat für Briefe und Pakete ausgibt. Sparen ließen sich, wenn Konkurrenz aufgrund mieser Bezahlung zu billigerem Porto führt würde, also nur Cent-Beträge für die Privathaushalte. Die Wirtschaft jedoch würde Millionen sparen.

Mindestlohn dringend nötig

Die Tarifvertragsparteien haben sich auf einen Mindestlohn verständigt. Nun ist die Politik am Zug.

Es geht darum, dass Menschen von ihren Löhnen einigermaßen leben können müssen. Es geht darum, ob die Politik ein Geschäftsmodell zulässt, das auf Lohn- und Sozialdumping der Beschäftigten beruht. Und es geht darum, ob akzeptiert wird, dass für Kostenvorteile der Wirtschaft Armutslohne und prekäre Arbeitsbedingungen immer weiter zunehmen.

Liberalisierung des Postmarktes in der EU

- Postdienstleistungen bereits vollständig freigegeben
- Freigabe ab 1. Januar 2008 angekündigt
- Freigabe gilt ab 1. Januar 2011
- Freigabe gilt ab 1. Januar 2013



Quelle: Europäische Kommission, Europaparlament 2007
© Hans-Böckler-Stiftung 2007